
46/J XXV. GP

Eingelangt am 20.11.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Stefan, Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Schaden für die österreichische Wirtschaft durch Spionage.

Am 13.11.2013 brachte die APA folgende Meldung:

*Cyber-Spionage in Deutschland: hoher Schaden, hohe Dunkelziffer
Utl.: Präsident des Bundesverfassungsschutzes: Informationen fehlen
- Versand von Mails über europäische Router sinnvoll -
Datenabfluss über Großbritannien verhindern =*

*Berlin (APA/Reuters) - Deutschen Unternehmen entsteht durch
Wirtschaftsspionage über das Internet nach Schätzungen des
Verfassungsschutzes jährlich ein Schaden im hohen zweistelligen
Milliardenbereich. "Von der deutschen Wirtschaft ist mal die Zahl
von mindestens 50 Milliarden als Schaden beziffert worden, aber ich
denke mir, das Dunkelfeld dürfte wesentlich größer sein", sagte der
Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen,
in einem am Mittwoch veröffentlichten Reuters-Interview.*

*Es müsse bedacht werden, dass möglicherweise auch
Vertragsabschlüsse scheiterten, weil Informationen über den
Verhandlungsstand an die Konkurrenz abfließen.*

*Maaßen warb für eine Meldepflicht von Cyber-Attacken auf
Unternehmen. "Was uns fehlt, sind die Informationen über
Internet-Attacken gegen die Wirtschaft", sagte er. "Wir wissen, dass
es über tausend Internet-Attacken gegen das Netz des Bundes im
vergangenen Jahr gegeben hat, aber wir wissen nicht, wie die
Wirtschaft angegriffen worden ist." Um die Wirtschaft beraten und
schützen zu können, brauche der Verfassungsschutz aber Informationen
über die Attacken und die Angriffsmethoden. "Wenn wir die
Informationen von der Wirtschaft nicht bekommen, wie es derzeit der
Fall ist, ist natürlich eine gesetzliche Regelung da sehr probat",
erklärte Maaßen.*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Union und SPD haben in ihren Koalitionsverhandlungen eine Meldepflicht für Unternehmen in für die Öffentlichkeit kritischen Bereichen beschlossen, wenn sie Opfer von Cyber-Attacken werden. Betroffen seien Firmen etwa in der Energie- und der Finanzbranche, hieß es aus Teilnehmerkreisen der Koalitionsverhandlungen.

Mit Blick auf die NSA-Affäre hält Maaßen den Vorschlag von Innenminister Hans-Peter Friedrich für sinnvoll, europäische Mails künftig nur noch über europäische Leitungen und Vermittlungsstationen zu schicken. "Es wäre natürlich auch ein Schritt zu mehr Sicherheit und zu mehr Autarkie für die europäischen Staaten gegenüber großen anderen Staaten der Welt", sagte der Geheimdienstchef. Zugleich müsse aber ein europäischer Rechtsrahmen geschaffen werden, um zu verhindern, dass dennoch Informationen an Drittstaaten gerieten. Maaßen spielte damit offensichtlich auf Großbritannien an. Die Briten arbeiten sehr eng mit den US-Geheimdiensten zusammen und sollen nach Angaben des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden massenhaft von Telefonkabeln abgezapfte europäische Daten an die USA weiterleiten.

Eine Verschlüsselung des kompletten E-Mail-Verkehrs in Deutschland hält der Verfassungsschutz-Präsident nicht für sinnvoll: "Ich denke, eine vollständige Verschlüsselung ist nicht unbedingt notwendig für den Schutz von privaten Daten." Die Bürger müssten sich nur darüber im Klaren sein, dass eine elektronische Nachricht wie eine Postkarte sei. "Vielfach ist es gut, eine Postkarte zu versenden, und es kann einem einfach auch egal sein, ob der Postbote mitliest", sagte Maaßen. "Man muss sich einfach nur darüber im Klaren sein, dass es auch Informationen gibt, die wirklich schützenswert sind - und diese Informationen sollte man dann auch entsprechend behandeln, wenn man eine E-Mail schickt."

Die Arbeit der Sicherheitsbehörden würde eine solche Verschlüsselung allerdings erschweren, räumte Maaßen ein. Abhilfe könne eine Hintertür in den Verschlüsselungsprogrammen schaffen. "Es kann auch eine flankierende Maßnahme dazu geben - nämlich, wenn die Sicherheitsbehörden eine Türe hätten, um im Einzelfall beispielsweise mit Anordnung der G-10-Kommission oder eines Richters Zugang zu den Informationen zu bekommen", schlug der Geheimdienst-Chef vor. Wenn deutsche Nachrichtendienste ein Telefon abhören oder anderweitig in das Fernmeldegeheimnis eingreifen wollen, muss die G-10-Kommission des Bundestags dies genehmigen.

Vorerst will Maaßen allerdings noch keine Hintertür bei Verschlüsselungsprogrammen fordern. "So weit sind wir noch nicht", sagte der Verfassungsschutz-Präsident. "Wenn wir die Diskussion in Deutschland hätten, generell über Kryptierung von E-Mails zu sprechen, dann käme man wahrscheinlich auch zu dem Punkt, wo wir das fordern täten."

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Inneres folgende

Anfrage

1. Gibt es Angaben über Schäden für die österreichische Wirtschaft durch Cyber-Spionage?
2. Wenn ja, wie hoch werden diese Schäden angegeben?
3. In welcher Höhe wird der tatsächliche Schaden vermutet?
4. Sind Maßnahmen zur Abwehr von Cyberattacken, wie z.B. von Maaßen vorgeschlagen geplant?
5. Wenn ja, welche?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Gibt es in dieser Richtung Verhandlungen auf EU-Ebene?
8. Wenn ja, welche Stellung bezieht Österreich in diesen Verhandlungen?